

Derivatgeschäfte: Vorwurf der Untreue gegen Bürgermeister und Kämmerer wird eingehend untersucht

Von Claus Brand

Bad Oeynhausen (WB).Die Staatsanwaltschaft Bielefeld hat die Prüfung der Anzeigen abgeschlossen,

Das hat der Staatsanwalt und Sprecher der Bielefelder Justizbehörde, Reinhard Baumgart, am Freitag g

Stadt prüft Klage

Mit einer Anfrage bezüglich der umstrittenen Derivatgeschäfte der Stadt hatte Kurt Nagel die Mitglieder d

Reinhard Baumgart sagte weiter, dass inzwischen mehr als 15 Anzeigen oder Schreiben anderer Art zu dem gesamten Themenkomplex bei der Staatsanwaltschaft eingegangen seien. Noch nicht abgeschlossen sei die inhaltliche Prüfung der Anzeigen, bei denen es um den Vorwurf der Insolvenzverschleppung bei den städtischen Töchtern Zentrum Technologietransfer Biomedizin (ZTB) und der Wagniskapital-Gesellschaft DVC (Delta Venture Capital) geht. Über eine weitere Unter-Gesellschaft, die PAZ Pharma F & E, soll ein Medikament entwickelt werden. In regelmäßigen Abständen muss die Stadt der Bezirksregierung in Detmold dazu einen Bericht vorlegen, ob noch Chancen für die Markteinführung des Medikamentes bestehen oder nicht. Vor diesem Hintergrund duldet die Kommunalaufsicht bei der Bezirksregierung es, befristet bis September 2011, die Beteiligung an der PAZ Pharma F & E aufrecht zu erhalten. Denn: Die mittelbare Beteiligung der Stadt über zwei Tochterunternehmen an der PAZ ist von der Bezirksregierung als rechtswidrig eingestuft worden. In diesem Zusammenhang geht es nach Informationen dieser Zeitung zunächst um einen Betrag von 500 000 Euro.

Die Anzeigen zu den Derivatgeschäften, verbunden mit dem Vorwurf der Untreue, sind unter anderem vom Rechnungsprüfungsamt der Stadt, anonym und von der Staatsanwaltschaft namentlich bekannten Person erstattet worden. Der Rechnungsprüfungsausschuss der Stadt hat sich zuletzt im April mit dem Thema befasst. Nach kontroverser Debatte ist seinerzeit keine Entscheidung getroffen worden, ob Bürgermeister Klaus Mueller-Zahlmann zum Haushalts-Abschluss für 2007 auch Entlastung im Zusammenhang mit den Zins-Wettgeschäften erteilt wird. Der Ausschuss sprach sich mit Mehrheit dafür aus, ein Gutachten dazu einzuholen.

Gutachterlichen Rat wird sich auch die Staatsanwaltschaft bei der weiteren Prüfung des Vorwurfes der Insolvenzverschleppung bei den städtischen Töchtern einholen. Sprecher Reinhard Baumgart: »Ein Wirtschaftsreferent der Schwerpunkt-Abteilung für Wirtschaftsstrafsachen wird dazu ein Gutachten verfassen.« Bis dies vorliegt, dürften nach seiner Einschätzung noch ein bis zwei Monate ins Land ziehen.

Bürgermeister Klaus Mueller-Zahlmann äußerte sich am Freitag nicht zur jüngsten Entwicklung.

Staatsanwalt sieht Anfangsverdacht

Samstag, den 22. Mai 2010 um 08:00 Uhr
